Holetschek attackiert Cannabis-Konzept von Lauterbach – Bayerns Gesundheitsminister: Auch die neuen Eckpunkte der Ampel-Koalition bedeuten gesundheitliche Risiken – Bayerns Kinderärzte-Vize-Vorstand Hubmann: Besonders junge Menschen unter 25 …

26. Oktober 2022

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek und der **Vize-Vorsitzende des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte Bayerns (BVKJ), Dr. Michael Hubmann,** haben die Eckpunkte von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zur Legalisierung der Droge Cannabis scharf kritisiert. Holetschek betonte am Mittwoch in München: „Das heute vorgestellte Lauterbach-Konzept ist keine geeignete Grundlage, um den Gefahren durch eine Cannabis-Freigabe zu begegnen. Im Gegenteil: Das Vorhaben der Berliner Ampel-Koalition bedeutet weiterhin große gesundheitliche Risiken insbesondere für junge Leute."

Holetschek forderte deshalb erneut einen Stopp der Cannabis-Pläne der Bundesregierung. Er unterstrich: „Offensichtlich ist die Berliner Ampel-Koalition selbst nicht in der Lage, ihren Irrweg zu beenden. Stattdessen will sie eine rechtliche Vorabprüfung ihrer Pläne durch die Europäische Kommission. Das ist zu begrüßen – denn es ist zu hoffen, dass das Urteil negativ ausfallen wird."

Holetschek warnte: „Die Legalisierungspläne der Bundesregierung stellen nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa ein gefährliches Signal dar. Denn insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann der Eindruck entstehen, dass die Risiken dieser Droge nicht wirklich groß sind. Außerdem ist zu befürchten, dass eine Legalisierung in Deutschland auch Cannabis-Fans aus anderen europäischen Ländern anlockt."

Holetschek unterstrich: „Es muss verhindert werden, dass die Hemmschwelle sinkt und noch mehr Menschen als bisher Cannabis konsumieren. Deshalb lehnt Bayern die Legalisierungspläne grundsätzlich ab. Hinzu kommt, dass es viel drängendere Probleme in der Gesundheits- und Pflegepolitik gibt – darum sollte sich Lauterbach mit aller Kraft kümmern."

Holetschek erläuterte: „Bayern engagiert sich bereits seit Jahren im Bereich der Suchtprävention. Da der Einstieg in den Cannabiskonsum mehrheitlich im Jugend- und jungen Erwachsenenalter stattfindet und in diesem Altersbereich auch die schwerwiegendsten gesundheitlichen Risiken befürchtet werden, wollen wir künftig – gerade mit Blick auf die geplante Cannabislegalisierung – noch verstärkt Aufklärungsarbeit leisten. Hierzu werden wir Anfang November ein Projekt zur systematischen Cannabisprävention in Schulen starten."

Der Vize-Vorsitzende des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte in Bayern, Dr. Michael Hubmann, hält die Legalisierung gerade für junge Menschen unter 25 Jahren für problematisch. „Das Gehirn ist erst mit etwa 25 Jahren vollständig ausgereift. Wer früh Cannabis konsumiert, riskiert eine Beeinträchtigung der Gehirnentwicklung."

Hubmann fügte hinzu: „Klar ist auch, dass mit der Cannabis-Legalisierung eine erneute Zunahme des Rauchens an sich einhergehen wird. Damit ist eine Zunahme von Lungenschädigungen und der Krebsinduktion in allen Altersgruppen zu erwarten. Außerdem fordern wir, dass eine gesamte Neufassung des substanzbezogenen Jugendschutzes gesetzlich festgelegt wird. Man sollte diese Chance nutzen, um endlich wirksame und frühzeitige Prävention gegen den Missbrauch aller Substanzen wie Alkohol, Nikotin, Cannabis und synthetischer Drogen zu formulieren."

Der Minister ergänzte: „Der Verzicht auf eine THC-Grenze bedeutet in der Realität, dass die Konsumenten Produkte mit hohem Gehalt wählen, um den gewünschten Erfolg zu erzielen. Der Gesundheitsschutz bleibt auf der Strecke, da auch die Nebenwirkungen mit steigendem THC-Gehalt zunehmen. Dass noch geprüft werden soll, ob es für unter 21-jährige Käufer eine THC-Obergrenze geben wird, reicht nicht aus."

Holetschek fügte hinzu: „Wenn die Eckpunkte so Realität werden, dann belasten wir unser ambulantes und stationäres Gesundheitssystem zusätzlich, weil die Behandlungszahlen steigen werden. Das muss insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Belastungen durch die Corona-Pandemie vermieden werden."

Holetschek erläuterte: „Zu den Cannabis-Risiken zählen neben der Gefahr einer Abhängigkeitsentwicklung negative Auswirkungen auf das Gedächtnis sowie auf Lern- und Denkleistungen. Auch das Risiko für die Entwicklung einer psychotischen Erkrankung sowie weiterer psychiatrischer Erkrankungen ist erhöht. Bayern setzt deshalb auf eine wissenschaftlich fundierte Aufklärung über die Risiken, einen starken Jugend- und Gesundheitsschutz sowie auf gezielte Beratungs- und Hilfsangebote."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers